

*Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 13. April 2010*

**TOP 5**

**Bericht über die Studie zum Thema „Alleinerziehende und Familien mit Kindern“  
(Kooperationsprojekt von Arbeitplus in Bielefeld GmbH, REGE mbH, Universität Bielefeld)**

Zusammenfassung der Ergebnisse:

Die Studie „Arbeitslos mit Kindern – Bewältigungsstrategien und institutionelle Unterstützung“ ist eine Befragung von 296 Bedarfsgemeinschaften und Alleinerziehenden mit Kindern unter 15 Jahren im ALG II Bezug (vornehmlich in benachteiligten Stadtteilen), die vom Kompetenzzentrum Soziale Dienste (kom.sd) und der AG Soziale Arbeit der Universität Bielefeld in Kooperation mit Arbeitplus in Bielefeld GmbH, der REGE mbH und der Stadt Bielefeld durchgeführt wurde.

Das Projekt war gleichermaßen als empirisches Forschungsprojekt und als akademisches und forschungspraktisches Schulungs- und Qualifizierungsprojekt für arbeitslose Akademiker/-innen konzipiert.

Es wurden insgesamt 296 ausführliche face-to-face Interviews durchgeführt. Hierzu wurden zum einen in 9 so genannten „benachteiligten Stadtteilen“ alle Personen der Zielgruppe angeschrieben. Zum anderen wurden Personen der Zielgruppe bei Bildungsträgern und an Standorten der Arbeitplus in Bielefeld GmbH Personen direkt angesprochen.

Die 296 Befragten sind überwiegend weiblich (80%) und alleinerziehend (65%). Etwa 40% der Befragten haben höchstens einen Hauptschulabschluss, 40% haben keinen Ausbildungsabschluss. Knapp zwei Drittel der Befragten (64,8%) wohnen in einem „benachteiligten“ Wohngebiet und gut die Hälfte von ihnen ist nach Deutschland eingewandert. Die große Mehrheit der Befragten hatte bereits vor ihrer Arbeitslosigkeit einen sehr geringen Berufsstatus, in aller Regel auf dem Niveau un- und angelernter Arbeiter/-innen. Etwa drei Fünftel der Befragten (62%) hatten Kinder unter 6 Jahren. Die durchschnittliche Anzahl der Kinder in der Gruppe der Befragten war 1,8. Mit Blick auf die Kinder wird deutlich, dass sich das überwiegend niedrige Ausbildungs- und Qualifikationsniveau der Befragten auch bei den besuchten Schulformen ihrer Kindern zeigt. In diesem Sinne scheint sich Ungleichheit tendenziell zu reproduzieren.

Hinsichtlich der lokalen Integration der Befragten kann überwiegend von einer eher guten Einbindung in soziale Netzwerke und die lokale Nachbarschaft gesprochen werden. Dies gilt insbesondere für Befragte mit Migrationshintergrund. Das generelle Ausmaß an „Exklusionsempfinden“, d.h. das Gefühl abgehängt zu sein und nicht mehr „zur Gesellschaft“ zu gehören, ist bei den Befragten sehr gering.

Mit Blick auf ihr Familienleben berichten die Befragten eine insgesamt hohe Zufriedenheit. Sie haben überwiegend positive Erfahrung mit Elternschaft. Allerdings berichtet etwa ein Drittel der Befragten von deutlichen Überforderungserfahrungen. Dabei zeigt sich ein starker Zusammenhang zwischen Überforderungen und Problemen im familialen Bereich mit dem Ausmaß an Schulden, die die Befragten haben. Im Umgang mit ihren Kindern zeigen die Befragten überwiegend Erziehungsstile, die in der erziehungswissenschaftlichen und psychologischen Fachdebatte als positiv gelten.

Der Teil der Befragten, der ein besonders hohes Ausmaß an materieller Benachteiligung sowie personaler und familialer Belastungen aufweist, hatte vergleichsweise häufig Kontakt zu Wohlfahrtsinstitutionen (insbesondere dem Jugendamt). Die Arbeit dieser Institutionen

wurde überwiegend als Unterstützung erfahren. Allerdings findet sich gerade bei der Gruppe, die den höchsten Unterstützungsbedarf artikuliert, das höchste Ausmaß Furcht vor Arbeitsplatz. Sie fühlen sich am stärksten bevormundet und unter Druck gesetzt.

Mit Blick auf die materielle Versorgung der Befragten ist zwar das lebensnotwendige Minimum in der Regel gesichert, gleichwohl hat etwa ein Drittel der Befragten bereits die Erfahrung gemacht, aufgrund von Geldmangel nicht genügend Lebensmittel im Haushalt zu haben. Die Befragten berichten von einem erheblichen Ausmaß an Verzicht in verschiedenen Bereichen. 60% der Befragten gaben an Schulden zu haben, im Durchschnitt in Höhe von etwa 12.000 Euro. Knapp 90% der Befragten haben keinerlei finanzielle Rücklagen. Entsprechend kam es bei etwa 56 % der Befragten in den letzten sechs Monaten dreimal oder häufiger vor, dass vor der nächsten Geldzahlung kein Geld mehr da war.

Betrachtet man die Bewältigungsstrategien der Befragten im Umgang mit materieller Knappheit, so gelingt es etwa einem Drittel, mit ihrer belastenden Situation vergleichsweise gut zu Recht zu kommen. Teilweise gelingt dies über ein zusätzliches Einkommen durch Gelegenheitsjobs. So beziehen 16% der Befragten ALG II trotz einer sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit von über 15h/Woche.

Zwei Drittel der Befragten greifen auf Strategien zurück, die mit deutlichen Einschränkungen einhergehen, insbesondere in den Bereichen Kultur und Ausgehen. Auffällig ist, dass die Befragten nahezu ausnahmslos bei den Bedarfen ihrer Kinder *nicht* sparen.

Es ist bekannt, dass es einen starken Zusammenhang von sozialer Lage und gesundheitlichem Zustand gibt. Während knapp die Hälfte der Befragten sich durch einen guten Gesundheitszustand und gesundheitsbewusstes Verhalten auszeichnet, findet sich eine Gruppe von etwa 15%, die starke gesundheitliche Belastungen und Einschränkungen aufweist. Die Personen in dieser Gruppe – die im Durchschnitt auch besonders lange Zeit arbeitslos sind – zeichnen sich jedoch nicht durch gesundheitsbezogenes Risikoverhalten, sondern im Gegenteil durch ein überdurchschnittlich gesundheitsbewusstes Verhalten aus.

Auf der Ebene des subjektiven Erlebens ihrer Situation ist bemerkenswert, dass die Befragten nicht nur in einem lediglich geringen Maße von Exklusionsempfinden berichten, sondern auch ein hohes Ausmaß an Selbstwirksamkeitsempfinden aufweisen. Selbstwirksamkeit meint die Überzeugung, sein alltägliches Leben selbst in der Hand zu haben und ist damit das Gegenteil von Resignation oder Fatalismus. In dieser Hinsicht entsprechen unsere Befragten nicht dem weit verbreiteten Klischee über Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut.

Dem steht zugleich entgegen, dass die subjektive Lebenszufriedenheit der Befragten, äußerst gering ist. Die Befragten sind also mit ihrer Lebenssituation zwar keinesfalls zufrieden aber dennoch nicht resigniert. Bemerkenswert ist ferner der starke Zusammenhang von Selbstwirksamkeit und Lebenszufriedenheit mit dem erlebten Umgang bei Arbeitsplatz.

Zu diesem Bild passt ein insgesamt hohes Maß an Arbeitsbereitschaft. Zugleich haben die Befragten dennoch eine klare Vorstellung über die Wichtigkeit der Qualität der Arbeit. Neben gesundheitlichen Problemen ist es vor allem das Ausmaß an familialer Belastung, das Unterschiede in der Arbeitsbereitschaft der Befragten erklärt.

Unabhängig von ihrer Arbeitsbereitschaft hat die Hälfte der Befragten noch keinen Vermittlungsvorschlag von Arbeitsplatz erhalten. Zugleich erfüllen die Vermittlungsvorschläge nicht die in sie gesetzten Erwartungen: Diejenigen, die noch keinen Vermittlungsvorschlag bekommen haben, erwarten viel eher, dass dieser hilfreich sein wird, als diejenigen, die bereits Vermittlungsvorschläge erhalten haben und die deren Qualität überwiegend negativ bewerten. Verglichen mit den Vermittlungsvorschlägen werden Umschulungen oder Bewerbungskostenzuschüsse von denen, die diese erhalten haben, als hilfreicher eingeschätzt. Bezogen auf das Instrument der Vermittlungsvorschläge scheint der sehr starke Fokus, der in der arbeitsmarktpolitischen Debatte auf Vermittlung gelegt wird, den Lebensrealitäten und Bedarfen zumindest unserer Befragten insgesamt eher nicht gerecht

zu werden. Im Gegensatz zu den Maßnahmen wird die Arbeit und Haltung der Fallmanager/-innen und Vermittler/-innen überwiegend positiv bewertet. Insgesamt macht etwa die Hälfte der Befragten die Erfahrung eher guter Qualität dieser Arbeit in mehr oder weniger jeder Hinsicht. Allerdings empfindet auch ein Viertel die Behandlung durch die Fallmanager/-innen und Vermittler/-innen als unangemessen. Bei einem weiteren – besonders ‚verwundbaren‘ – Viertel der Befragten ist der Kontakt zu Arbeitsplus durch Furcht geprägt. Diese Furcht steht nicht in Zusammenhang mit tatsächlich erfahrenen Sanktionen und ist in einem beträchtlichen Ausmaß durch Interaktionserfahrungen mit den Mitarbeiter/-innen geprägt.

Zusammenfassend ergibt sich für die Gesamtgruppe unserer Befragten das Bild von Menschen, die durch eine starke Einschränkung im Bereich der Handlungsmöglichkeiten und Ressourcen aber nicht durch eine kulturelle und verhaltensbezogene Selbstausschließung gekennzeichnet ist. Es findet sich ein starker Zusammenhang zwischen der Arbeitsmöglichkeit und der Gesamtlebenssituation der Befragten. Dieser Zusammenhang lässt sich als Argument für eine kommunale Sozial- und Arbeitsmarktpolitik deuten, die sich auf die Schaffung praktisch zugänglicher Infrastrukturen richtet und dabei gesamte Lebenssituation der Betroffenen in den Blick nimmt. Ein Bestandteil dieser Infrastrukturen könnte der Ausbau der lokalen Bildungslandschaft sein, die sich insbesondere auf den Abbau sozialer Bildungsungleichheit konzentriert und dabei nicht einseitig schulleistungsorientiert ist, sondern sich auf individuelle und familienbezogene Handlungsfähigkeiten und Lebenssituationen richtet. Hierzu gehört beispielsweise auch eine schnelle, flexible und verbindliche Bereitstellung von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, wenn dies situativ für eine Arbeitsplatzperspektive der Betroffenen wichtig ist.

Mit Blick auf die hohe Notwendigkeit von Angeboten, die die allgemeine Lebenssituation der Befragten betreffen, sprechen die erhobenen Daten dafür, unterstützenden Angeboten eine deutlich höhere Priorität einzuräumen als einem Druck zur Arbeitsaufnahme. Zugleich sprechen unsere Daten dafür, das Problem der „Passungsverhältnisse“ von Arbeitsangeboten und Lebenssituationen ernst zu nehmen. Arbeits- und Vermittlungsangebote, die die spezifischen Probleme und Kontexte der Lebenssituationen der Betroffenen nicht berücksichtigen, können schnell ins Leere laufen. Ein Element der Sicherstellung solcher Passungsverhältnisse ist eine breitere sozial-pädagogisch und -psychologisch fundierte Professionalisierung der MitarbeiterInnen von Arbeitsplus. Diese Professionalisierung ist eine wichtige fachliche Basis um die Responsivität der MitarbeiterInnen gerade gegenüber besonders belasteten Gruppen zu erhöhen und den Fokus ihrer professionellen Vorgehensweisen über die formale Vermittlung von Arbeitsangebote hinaus zu erweitern.